

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitzeile ober deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Kleinanzeigen 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

## Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren  
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasensteins & Vogler  
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max  
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies,  
Halle a. S. Jul. Barck & Co., Hamburg Joh. Noodt, A.  
Steiner, William Wilkens, in Berlin, Hamburg u. Frank-  
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

### Deutschland.

**Berlin, 28. Juli.** Die Reise des Staatssekretärs v. Marschall nach Kiel hängt offenbar mit der außerordentlichen Sitzung zusammen, zu der der Bundesrath noch einmal einberufen worden ist. Es kann nach Allem, was verlautet, nicht zweifelhaft erscheinen, daß die Zollkriegserklärung der russischen Regierung auch von deutscher Seite mit Repressalien beantwortet werden wird. Die Bestimmung des Zollgesetzes, daß durch Verordnung des Bundesraths unter gewissen Umständen die Einfuhr aus einzelnen Staaten mit Zuschlägen bis zu 50 Prozent belegt werden darf, bietet die Möglichkeit dazu. Und die „Post“ spricht gar die Meinung aus, daß wenn der 50 Prozent-Zuschlag zu dem Zoll auf russische Getreide sich noch nicht wirksam genug erweisen werde, um den Russen die Rekrutierung des von ihnen provozierten Zollkriegs in nachdrücklicher Weise fähig zu machen, der Reichstag ohne Zweifel bereit sein werde, die Regierung mit weitergehenden Vollmachten auszurüsten. Es besteht in weite Kreisen die Ansicht, daß da nun einmal der Zollkrieg da sei, auch von deutscher Seite kräftig zurückgeschlagen werden müsse, und daß es energischer die Abwehr sei, um so eher sich ein rascher Friedensschluß erwarten lasse. Ob diese Auffassung richtig ist, muß abgewartet werden. Der Verlauf des Zollkrieges zwischen Frankreich und der Schweiz, der auf beiden Seiten sofort mit voller Schneidigkeit geführt worden ist, spricht nicht ohne Weiteres dafür. Jedenfalls wird auch ein kurzer Krieg schwere Opfer und Verluste bringen für die industriellen Erwerbszweige in Deutschland, die sich auch trotz der Ersparungen, die die deutsche Einfuhr in Rußland im letzten Jahrzehnt erlitten, reichlichen und steigenden Absatz nach Rußland zu sichern verstanden hatten. Und diese Verluste müssen um so schwerer ins Gewicht fallen, als die aus dem Zollkrieg sich ergebende englische und belgische Konkurrenz es zweifelhaft macht, ob es gelingen wird, nach Wiederherstellung normaler Verhältnisse die alten Beziehungen in dem früheren Umfange wieder aufzunehmen.

Bei der Ausfuhr-Kommission des deutschen Antislavery-Komitees ist ein Bericht des Freiherrn von Elly aus Nyimbi vom 22. Mai d. J. eingebracht, nach welchem der Schiffkörper des Wismutdampfers Anfang Juni fertig zusammengefaßt war. Das Schiff sollte dann sofort nach Port Maitre, wo Dr. Roever eine zweite Station angelegt hat, gebracht werden, wo alsdann die Entladung der Maschine und der Kessel erfolgen sollte. Hiernach ist nicht ausgeschlossen, daß die beiden Kommissionen des Gouverneurs von Deutsch-Nordafrika und des Antislavery-Komitees, bei ihrer Ankunft den Dampfer bereits betriebsfähig vorfinden werden. Unverkennbar dürfte die Unterbrechung in ihrer Gegenwart erfolgt sein. Die letzten vom Nyimbi am 26. d. M. in Kofenz eingebrachten Posten tragen den Poststempel aus Whantyre vom 7. Juni d. J.

In der Grafschaft Mansfeld ist von Seiten der „reichstreuern Berg- und Hüttenleute“, die sich durch die anhaltende Entwertung des Silbers in ihrer Existenz bedroht sehen, eine Petition an den Reichskanzler in Umlauf gesetzt, die zahlreiche Unterschriften findet. Der Schluß der Petition lautet folgendermaßen:

„Wir legen nun die feste Hoffnung, daß Ew. Excellenz bewirken werden, daß die hiesige Reichsregierung die Vorlage unseres Landes helfend und vermittelnd ins Auge faßt und das Verbrechen von uns abwehrt. Stehen ja doch auch sehr bedeutende Reichs- und Staatsinteressen auf dem Spiele, die sich nach Millionen beziffern, wenn unser Bergbau eingefallt werden müßte. Wir bitten einestheils Maßregeln zu treffen, welche für den Augenblick die Krisis des Silberverthes mildern, andererseits durch internationale Vereinbarungen eine dauernde Gefährdung der Verhältnisse des Edelmetallmarktes anzuhalten, damit unser Erzbergbau erhalten, wir vor dem Ruin bewahrt und die Interessen des Reiches, die durch die Silberentwertung schwer bedroht erscheinen, gewahrt werden. Dem Wohlwollen und der Weisheit Ew. Excellenz und der gesammelten Reichsregierung vertrauen, hoffen auf Erörterung ihrer dringenden Bitte und Schutz vor drohender Noth.“

**Wilhelmshafen, 27. Juli.** Die Vauthität auf den drei kaiserlichen Werften der Kriegsmarine ist im Laufe dieses Sommers recht erheblich gewachsen, doch ist diese Zeit benutzt worden, an dem vorhandenen schwimmenden Material, so weit es erforderlich, größere Umbauten und Modernisierungen vorzunehmen. Diese erstrecken sich sowohl auf die Schiffkörper selbst, wie auf ihre Armierungen und Maschinen. Die Hauptthätigkeit fiel dabei der Werft in Wilhelmshafen zu. Nachdem das Panzerschiff „Obenburger“ mit dem Frühjahr 1892 aus dem Verande der Werft entlassen worden, wird es hier in seinen Maschinen- und Kesselanlagen neu hergestellt, ebenso die verschiedenen elektrotechnischen Apparate, die unsere modernen Kriegsfahrzeuge in so großer Zahl mit an Bord führen. An dem Schiffkörper der „Obenburger“ selbst sind auch die f. Zt. durch das Feuer zerstörten Kammern u. s. w. von Grund aus neu hergestellt worden. An dem zu den „Schiffen für andere Zwecke“ übergetretenen Panzerschiff „Friedrich Carl“ sind im großen Maßstabe innere Umbauten vorgenommen worden, um es als „Dahlgrenschiff“ weiter verwenden zu können. Auch unsere zweitgrößte gekügelte Korvette, die „Prinzess Wilhelm“, ist auf der Wilhelmshafener Werft während ihrer jetzigen Außerdienststellungszeit derart modernisiert, daß man ihre Geschützstände umgebaut hat, um durchweg nur noch auf ihren Schnellladungen zu placieren. Dasselbe geschieht mit dem alten Aviso „Piet“, um ihn nach längerer Zeit wiederum zum Geschwaderawiso befähigt zu machen. Die kaiserlichen Werftanstalten in Kiel und Danzig können zu so umfangreichen Ausbesserungsarbeiten nicht benutzt werden, doch sind verschiedene Strenger, Schiffschiffe und Schiffe für andere Zwecke auf ihre Klipp und in ihre Docke gegangen, die nach größeren Reisen in die Heimath zurückgekehrt sind, um gleichfalls ausgebessert zu werden.

**Hamburg, 27. Juli.** Die „Hamburger Nachrichten“ enthalten einen Artikel, der sich gegen die Handelskammern der Seestädte wendet, weil sie Adressen an Herrn Vamberger zu dessen 70. Geburtstag gerichtet und ihn als Gegner der Schutzpolitik beklagend einladen. Der Artikel führt aus, daß die Handelskammern

damit ihre Kompetenzen überschritten haben und von der Regierung, bez. dem Handelsminister in ihre Schranken gewiesen werden sollten. So etwas hätten wohl einzelne Mitglieder der Handelskammern thun können, aber nicht die Kammern als solche.

**Bergheim, 27. Juli.** Die Beisehung des Grafen Albert zu Waldeck und Pyrmont findet am Sonnabend Nachmittag um 2 Uhr statt.

**Mainz, 26. Juli.** Die Majestätsbeleidigungs-Affaire des Kapellmeisters Kern vom 118. Infanterie-Regiment scheint eine überraschende Wendung nehmen zu wollen. Die Behörde nimmt nämlich an, daß Kern, als er im vergangenen Jahre während des Mandats der beleidigenden Äußerungen gethan, geistesgestört gewesen und noch immer nicht ganz zurechnungsfähig sei. Wenn die Verthe die diese Auffassung, was nicht unwahrscheinlich ist, dann würde die bisher geradezu unbegreifliche Handlungsweise des Regiments, der befaßt mit einem Untergebenen denunziert worden ist, in einem anderen Lichte erscheinen.

**Mannheim, 27. Juli.** Vor der hiesigen Strafkammer fand heute die Verhandlung gegen die Urheber des Straßenkampfes, welcher am 1. April der letzten Reichstagswahl sich hier zutrug, statt. Von 23 angeklagten Personen erhielten 21 Gefängnisstrafen von 1 bis 3½ Monat. Zwei wurden freigesprochen.

### Oesterreich-Ungarn.

Ueber einen eigenthümlichen Fall von Einmischung eines Bischofs in politische Dinge wird aus Tirol berichtet. Es hatte in den italienischen Kreisen peinliches Aufsehen erregt, daß der zum Landtagsabgeordneten gewählte Herr Silvio Vorenzoni sich von den übrigen, in der Entaltungspolitik beharrlichen italienischen Volksvertretern trennte und seinen Sitz im Innsbrucker Landtag einnahm. Vorenzoni verfiel früher in der kirchlichen Orientierung „Vox Catholica“ die italienische Nationalpolitik und die Selbstverwaltung, bis er vom Bischof auf Verlangen der Regierung von der Redaktion entfernt wurde. Am Sonnabend erschien Vorenzoni im Landtagsaal zu Innsbruck, legte das Abgeordnetenabzeichen ab und verlas dann eine Aufsehen erregende Erklärung. Er sagte darin:

„daß er schon zweimal ein Landtagsmandat ablehnte, jedoch jetzt gekommen sei auf Verlangen des Bischofs von Trient; seiner persönlichen Überzeugung nach hätte er sich der Abstinenzpolitik seiner Compatrioten angeschlossen; der Bischof aber sei sein Vorsteher nicht bloß in kirchlichen, sondern auch in politischen Dingen; der Bischof habe in dieser Hinsicht gesprochen und ebenso der Bischof, und nach diesen Autoritäten gebe es für den Katholiken und besonders für den Priester keine Wahl; was für andere Parteizugehörigkeit, sei für den Katholiken der Geist des Gehorsams; also wolle er denn am Landtage teilnehmen für Gott und Vaterland!“

Außer dem Bischof Vorenzoni befanden sich unter den kürzlich wiedergewählten italienischen Abgeordneten noch drei Priester, die Abgeordneten Bertamini, Brusamolin und Gnetti. Diese sind dem Landtage fern geblieben, theils also nicht die Auffassung Vorenzonis über die Befugnis des Bischofs, Volksvertretern ihr Verhalten vorzuschreiben. Der Fall Vorenzoni bildet ein bemerkenswertes Seitenstück zu dem vor einigen Jahren vor gekommenen Falle des mächtig-geachteten Pfarrers P. Weber, der auf Verlangen des Linzener Bischofs sein Reichstagsmandat niederlegen mußte. Allerdings bewies Weber hinterher mehr Mäßigkeit, indem er sich trotz des bischöflichen Verbots neuerdings als Kandidat wieder aufstellen ließ.

**Wien, 26. Juli.** Gestern Mittag hat in Triest die feierliche Einsegnung des Pörscha (Bürgermeisters) Dr. Pitteri stattgefunden. Damit schließt eine Episode in der Geschichte der Triester Stadtvertretung, welche die Umrisse eines Konfliktes angenommen zu haben schien, in befriedigender Weise ab. Bekanntlich wurde der vorige Triester Gemeinderath kurz vor Ablauf seines Mandates plötzlich aufgelöst. Bei Ausschreibung der Neuwahlen entstand zwischen der die Geschäfte führenden städtischen Delegation und der Stadtverwaltung eine sehr hitzige geführte Kontroverse über das Wahlrecht der Gemeindeglieder, der sogenannten Konfessionen, welche dem Statthalter gegen die städtische Delegation entschieden wurde, und es wurden große Anstrengungen gemacht, die Herrschaft der Progresso-Partei im Triester Gemeinderath zu brechen. Die Wahlen endeten jedoch mit dem Siege der Progressiven, und der frühere Bürgermeister Dr. Pitteri wurde wiedergewählt. Schon daran, daß der Bürgermeister alsbald die kaiserliche Bestätigung erhielt, war zu erkennen, daß die Regierung den Kampf gegen den Gemeinderath nicht weiterzuführen gedenke. Die freundschaftlichen Worte, mit denen der Statthalter v. Rinaldini den Bürgermeister begrüßte und in denen die besonders guten Beziehungen hervorgehoben wurden, welche Pitteri mit der Regierungsbehörde stets unterhalten habe, lassen keinen Zweifel übrig, daß die Regierung trotz der progressiven Majorität auf ein geistliches Zusammenwirken mit dem neuen Gemeinderath hoffe. Nicht ganz so verständig war die Antwort des Bürgermeisters. Er betonte, die schmeichelhaften Worte, welche der Statthalter an ihn gerichtet, bildeten eine Gewähr, daß die städtische Vertretung von nun an bei der Regierung mehr Entgegenkommen und Unterstützung sowohl zur Besserung der materiellen und ökonomischen Lage Triests als auch zum Schutze der Autonomie und der von den Vätern überkommenen Kultur innerhalb des städtischen Status und der Verfassung des Reiches finden werde. Er werde das Möglichste thun wie bisher, seiner Pflicht gegen die Regierung nachzukommen, auch zu dem Zwecke, um durch die wechselseitigen amtlichen Beziehungen die Erfüllung der rechtmässigen Forderungen Triests zu erleichtern. Man sieht in diesen Worten eine Reminiscenz an die halbvergangene Zeit und die Andeutung, daß der Triester Gemeinderath der Ansicht sei, er habe nicht immer das wünschenswerthe Entgegenkommen bei der Regierung gefunden. Ob die Verhältnisse in Triest sich thatsächlich bessern werden, muß sich erst zeigen.

**Leipzig, 27. Juli.** Die Leiche des Reichskriegsministers Freiherrn von Baur wurde heute mit großem militärischen Gepränge beigesetzt. Erzherzog Leopold Salvator wohnte der Feierlichkeit bei.

**Magdeburg, 27. Juli.** Gestern Abend um 9 Uhr griff eine mehrere hundertköpfige

Menge das Haus Balbus in Torda an. In dem Hause, wo die Delegirten, Erzpriester Kogoschann, die Richter bei der königlichen Tafel in Klausenburg, Mesjanovitch, Chirac und Mezel und Dr. Rag von der rumänischen Bank „Aniefchana“, zu einer Konferenz versammelt waren, wurde alles zerschüttelt; Kogoschann wurde verwundet. In einem Kampfe mit Steinen mit den Gendarmen wurden mehrere derselben verwundet und ein Angreifer getödtet.

### Belgien.

**Brüssel, 26. Juli.** Es ist bereits berichtet worden, daß der Führer der kongostaatlichen Expedition Kapitän Van Kerckhoven durch einen Zufall getödtet worden ist. Ein Teilnehmer der Expedition und Augenzeuge des Vorfalls selbst berichtet heute im „Patriote“ darüber näheres. Die Expedition hatte weite Gebiete durchzogen und unterworfen und lagerte am rechten Ufer des Lellestromes. Eines Nachts wurde Alarm geschlagen; alle führten aus dem Schlafe auf. In der tiefen Nacht entstand eine wahre Panik; von verschiedenen Seiten wurden inmitten der Unordnung Schiffe abgefeuert; ein Mann stürzte zu Tode getroffen nieder — es war der Führer der Expedition Van Kerckhoven. Niemand hat gesehen, daß auf den Kapitän geschossen wurde; Niemand hat ihn fallen sehen.“ Der langjährige treue Diener des Kapitäns Matoba klagte sich später selbst an, in der Dunkelheit gefeuert und aus Versehen den Kapitän getroffen zu haben. Von einer absichtlichen Tödtung Van Kerckhovens durch seinen Diener kann gar keine Rede sein.

### Frankreich.

\*\*Die bevorstehenden französischen Deputirtenwahlen werden sowohl von Seiten der regierenden, als der nach der Regierung strebenden Bevölkerungsklassen als eine Erprobung ihrer politischen Kraft betrachtet und demnach die Vorbereitungen zu dem Wahlkampf getroffen. Für die am Auser befindlichen Radikalen ist der Sieg eine Lebensfrage; ihnen ist die republikanische Staatsform nichts weniger als Ideal, sondern es ist die milde Kuth, welche ihnen seit Jahren gestattet, die große Herrschaft zu leben, ihre Freunde zu protegieren, ihre Feinde zu chikanieren. Die monarchisch-konservativen Parteien haben es, solange sie das Recht in Händen hatten, nicht besser getrieben, und die in den Fußstapfen der Radikalen einherwandelnden Führer aller Schattierungen des Rechts benutzen ihre blutdürstigen Doktrinen ebenfalls nur als Köder für die Dummheit, die ihnen selber zur Erringung der Macht verheissen sollen, welche ihrem Ehrgeiz und ihre Gelüster goldene Tage verspricht. In den Zeitungsartikeln und Parteiprogrammen ist natürlich von der wahren Freiheit aller der in der Wahlarena sich breitmachenden Volksbegleiter nicht die Rede. Da behaupten sie Alle um die Wette, es mit der Nation wie mit der Republik von Grund ihres Herzens eheilig zu meinen; gleichzeitig aber warnen sie jeder vor den Konkurrenten als vor falschen Freunden und Verräthern an der Sache des Volkes. So ist die Kugelbarriere auf der ganzen Linie der deputirtenmandatstüchtigen Bewerber im schärfsten Gange, die Wahlerschaff aber steht dabei und füllt sich täglich rascher. Sie ahnt, daß Alle nichts tauge, und daß jede Wahl vom Uebel ist. Es fragt sich für sie mithin nur, wo im Zweifelsfalle das kleinere Uebel liegt. Die Art des Wahlschlusses läßt daher bei den politischen Machern den Wunsch nach Eintritt irgend eines der Massen entflammenden und mit sich fortziehenden Ereignisses begreiflich erscheinen. Deshalb hat man auch wohl vornehmlich die fiamessische Affaire eingefädelt, deren bisheriger Verlauf dem Selbstgefühl der Franzosen allerdings durchaus angenehm erscheint.

**Paris, 26. Juli.** Der Erzbischof von Bordeaux, Mgr. Lecot, dem der Präsident der Republik vor Kurzem den Kardinalshut aufgesetzt hat, gehört zu denjenigen bekanntlich nicht mehr vereinigten französischen Prälaten, welche offen erklären, daß sie den Institutionen des Papstes gemäß sich ohne Rücksicht der Republik angeschlossen haben. Anlaß seiner Erhebung zum Kardinal hatte der „Figaro“ Mgr. Lecot befragt und sodann eine Anklage des Kirchenfürsten über die von den französischen Katholiken allgemein verpönten Schul- und Armeegehege veröffentlicht, welche ganz geeignet war, unter den „unverwundlichen“ Katholiken das peinlichste Aufsehen zu erregen. Der Kardinal sollte erklärt haben, daß er natürlich den Wunsch habe, diese Gehege abgeändert zu sehen, daß er aber der Ansicht sei, die Katholiken müßten dieselben provisorisch acceptiren d. h. sich denselben wie allen anderen Gehegen unterwerfen, bis es, was nicht ausbleiben könne, gelungen sei werde, eine Abänderung der Rechte der katholischen Kirche verlegenden Bestimmungen zu erlangen. Ob dieser Erklärung entbrennte in der katholischen Presse eine heftige Polemik; die „Gazette de France“ erklärte kurz und bündig, daß der Kardinal sich damit zum Mitschuldigen derjenigen mache, welche „la tulle ainee de l'eglise“ entwürdigen wollen, was übrigens Niemand übersehen werde, daß Mgr. Lecot bei der Zeremonie der Kardinalshutüberreichung an den Präsidenten der Republik eine Anekdote gerichtet habe, der gegenüber die kurz vorher von dem zum Groß-Rabbiner Frankreichs ernannten Herrn Zadoc Kahn gehaltene Rede ein Muster von Würde gewesen sei. Der „Monde“ schrieb, es hiesse den Kardinal beleidigen, wenn man das „Interview“ des „Figaro“ als authentisch betrachten wolle, und das „Univers“ verächtliche, der Redakteur des „Figaro“ habe einfach nicht begriffen, daß der Bischof, der Theologe niemals ein ungerechtes Gehege acceptirt, selbst wenn er glaubt, sich denselben unterwerfen zu müssen.

Um dieser Preppolemik ein Ziel zu setzen, hat nun der Kardinal-Erzbischof von Bordeaux durch seinen Sekretär dem „Bordeaux Journal“ die folgende erklärende Erklärung zugehen lassen: „Ich habe mich niemals der Formel „provisorische Annahme“ bedient, obgleich dieselbe, in einer gewissen Weise verstanden, durchaus orthodox ist. Haben wir nicht einen Vertrag, der uns zwei unserer schönsten Provinzen entzieht, hat provisorisch acceptirt, d. h. für eine Zeit lang gezwungenermaßen über uns ergehen lassen.“ Daß diese Erklärung der „Gazette de France“ nicht genügt hat, ist begreiflich. Was soll man aber dazu sagen, daß ein Kirchenfürst mit einem Chünismus sonder gleichen, ersichtlich um den Chauvinismus und Patrioten zu schmeicheln, die mit den Haaren herbeigezogene Gelegenheit benutzt, um den zwischen Frankreich

und Deutschland 1871 abgeschlossenen Friedensvertrag als einen provisorischen zu erklären, den man nur „pour un temps“ ertrage? Dieser Kardinal-Erzbischof ist wirklich „fin de siecle“.

Was nun die sogenannten „republikanischen Gehege“ betrifft, um welche es sich in dem Streite zwischen dem Kardinal und der katholischen Presse handelt, so werden dieselben voraussichtlich bei den bevorstehenden Neuwahlen eine wichtige Rolle spielen, d. h. die „Rallirten“, welche sich des Bestandes der katholischen Geistlichkeit versichern und die katholischen Stimmen gewinnen wollen, werden gezwungen, sein, folgendes bereits von den katholischen Wahlkomitees aufgestellte Programm zu acceptiren: „1. Abschaffung des Eheheideungsgeheges, welches die Familie auflöst und die Sittenlosigkeit verbreitet, 2. Abschaffung der Schulgehege, welche den öffentlichen Schulen einen atheistischen Unterricht auferlegen, 3. Abschaffung des Militär-Geheges, welches das Konfessionsrecht verleiht, indem es die Geistlichkeit zu einem Dienste zwingt, der mit dem priesterlichen Charakter und den daraus heruleitenden Vorrechten unvereinbar ist.“ Es wird sich schwerlich irgend einer der „rallirten“ Kandidaten weigern, das Versprechen abzugeben, für dieses Programm einzutreten, welches auch nicht die geringste Aussicht hat, von der Majorität der demnachstigen Deputirtenkammer angenommen zu werden.

**Paris, 27. Juli.** Nachdem alle internationalen Formalitäten nunmehr erfüllt sind, kann die Wloade morgen in Kraft treten. Aus Saigon wird gemeldet, daß man dort die Wloade nicht für ausreichend hält, um Siam zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Im nächsten Monat endet die Regenzeit in Indochina, wodurch die militärischen Operationen erleichtert werden. Die hiesigen Zeitungen beschildern die Regierung, nicht mit halben Maßregeln vorzugehen. Man befürchtet, daß Siam, wenn Frankreich seine Truppen in Battambang festlegt, einen Einfall in Cambodia machen wird. Englische Kaufleute in Singapur protestiren lebhaft gegen die Wloade, welche ihren Handel schädigt, dagegen hoffen englische und deutsche Handelsbäuer in Hongkong auf einen blühenden Handel, welcher ihnen durch die Verprobantierung Saigons erwachsen werde, weil die Konkurrenz Vangfoks in Fortfall kommt.

### Großbritannien und Irland.

**London, 26. Juli.** Lord Ramington gehört zu den verhältnismäßig wenigen Engländern, die Siam besucht und Anspruch darauf erheben, Land und Leute gründlich zu kennen. Lord Ramington, dessen Name in französischen Blättern jetzt viel genannt wird, war der erste Europäer, der die Provinz Khang Kheng durchkreuzte. Der Lord gehört der konservativen Partei an. Auf die Frage, ob er die Situation als sehr ernst ansehe, antwortete er: Jede Situation, die zwischen zwei so großen Mächten wie Frankreich und England auch nur eine vorübergehende Spannung hervorbringen kann, ist sehr ernst. Die französischen Interessen in Siam beruhen, sagte er, im Laufe der Unterhaltung, nicht ganz auf Einbildung; jedoch sind sie so wenig, daß man sie kaum schätzen kann. Die französischen Wahlen stehen vor der Thür, der in Frankreich stets vorhandene Chauvinismus hat sich augenblicklich um die Regierung in Bezug auf Siam geschart; sobald die Wahlen vorüber sind, wird das Interesse der französischen Regierung an Siam stark verbleichen. Ich befürchte nicht die Annexion Siams unterseits. Jedoch können wir keine Macht erlauben, das Land zu nehmen. Unser Handel mit Siam ist bedeutend. Das fiamessische Volk ist leicht zu regieren, es unterwirft sich gern dem britischen Einfluß. Die in Siam gemachten Fortschritte sind das Resultat dieses Einflusses. Und nun soll auf einmal diese fortwährende Politik gestört werden — und warum? Weil die Franzosen augenblicklich dem chauvinistischen Geiste nachhaken — demselben Geiste, der sie nach Tunis und Konfin geführt hat. Die den Franzosen von Siam gemachten Zugeständnisse sind hinreichend. Ein Theil des von Frankreich beanspruchten Territoriums — die Khang-Kheng-Provinz — wurde von England im vergangenen Jahre der fiamessischen Regierung überantwortet, und zwar mit dem ausdrücklichen Vorbehalte, daß es nicht in den Besitz einer anderen Macht übergehen dürfe. Wir können nicht erlauben, daß Frankreich unsere Interessen in Siam schädige.

**London, 27. Juli.** Unterhaus. Der Parlamentssekretär des Auswärtigen, Grey, erklärte, die Regierung habe in Wien dringende Vorstellungen erhoben, daß die vor Erlass des Heuansfuhrverbotes abgeschlossenen Kontrakte von dem Verbote ausgenommen sein sollten. Er glaube, daß die Frage in Wien und in Pest noch erwogen werde.

**London, 27. Juli.** Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureaus“ aus Sansibar berichtet der heute von Uganda in Mombosa angelommene Dr. Berkeley, er sei mit Sir Gerald Portal, Oberst Rhodes, Lieutenant Villiers und Mr. Foster am 30. Mai von Kampala nach der Küste abgereist, sie wären unterwegs aber von Boten des Kapitäns Macdonald eingeholt worden, welche den Ausbruch von Unruhen unter den Mohamedanern in Kampala gemeldet und um die Rückkehr Sir Gerald Portals ersucht hätten. Demzufolge habe Sir Gerald Portal mit Oberst Rhodes und Lieutenant Villiers am 26. Juni den Rückweg nach Kampala angetreten. Dr. Berkeley überbringt die Depeschen Gerald Portals nach England.

### Schweden und Norwegen.

In Schweden stellt die Regierungspresse die Einberufung einer außerordentlichen Reichstagsession anlaßlich der norwegischen Verhältnisse und speziell der Konfliktfrage in Abrede. Diese außerordentliche Session wäre dadurch zu motiviren gewesen, daß nach den Beschlüssen des norwegischen Großthings über die Konfulate schwedischerseits eine erhöhte Ausgabe für dieselben notwendig ist, wenn ihr Betrieb in Ordnung gehalten werden soll; aber die schwedische Regierung will zu diesem Ende das sogenannte kleine Kreditiv, d. h. den Referendums, verwenden und später von ihrem neuen Reichstage Annehmlichkeit verlangen. Die dortige offizielle Presse spricht sich zugleich für die Fortsetzung des bisherigen abwartenden Systems aus, durch welches für den Rest des Jahres leidliche Eintracht zwischen den beiden Völkern der skandinavischen Halbinsel erhalten werden könne; während aber nach dem Jahreswechsel in Stockholm der ordentliche Reichstag und in

Christiania das Großthing wieder versammelt werden werde man von Seiten der schwedischen Regierung wie der Volksvertretung den norwegischen Übergriffen entschlossen entgegen treten müssen. Die Stimmung in Schweden gegenüber dem ungezogenen „jüngeren Drüber“ ist offenbar ziemlich erregt; in einem schwedischen Provinzialblatt wird mitgetheilt, daß der Kronprinz Gustaf für sich im Gespräch einen schwedischen „Marfch auf Christiania“ als eine „einfache und unblutige Promenade“ bezeichnet habe, zu der man indes nicht genöthigt zu werden hoffe; gereizt verlangt die norwegische Linkenpresse ein sofortiges Dementi dieser Äußerung. Die Landarte und die Kriegsgeschichte lehnen allerdings, daß wenigstens von der Landarte her aus Schweden nicht ganz leicht nach Norwegen hinein zu kommen ist; andererseits ist, auch abgesehen von dem numerischen Verhältniß, die norwegische Arme durch die demagogische Verhetzung von Seiten der Linken stark demoralisirt, das Offizierscorps aber überwiegend gegen die radikale Großthingsmehrheit hochgradig erbittert. Bei dem reservierten Charakter des schwedisch-norwegischen Thronfolgers ist die ihm in den Mund gelegte Äußerung höchst wahrscheinlich apokryph; aber schon die Möglichkeit ihrer Verbreitung ist ein beachtenswerthes Stimmungssymptom.

### Rußland.

**Petersburg, 26. Juli.** Wie verlautet, wird nicht Admiral Ragnaflov, sondern Kontre-Admiral Welan, der mit der Bildung des Stabes des Mittelmeer-Geheimes beauftragt ist, bei dem russischen Gegenbesuch in London im August dem Oberbefehl über die Schiffe haben. Er befindet sich genau denselben Rang, den der Chef des französischen Geschwaders, Gervais, beim Kronprinzenbesuch inne hatte. Ragnaflov, heißt es, kehre direkt von Amerika hierher zurück.

Die auf ein Riff gerathene Kaiserin hat „Zarevna“ langte vorgeritten in Kronstadt an.

### Asien.

**Shanghai, 16. Juni.** Im Gebirgsbezirke Quatsich, Provinz Kuangsi, ist eine Rebellion ausgebrochen und die Zahl der Aufständischen ist gegen 5000 Mann stark. Die gegen sie entsandenen Truppen, etwa 4000 Mann, stießen am 5. d. M. auf die Rebellen, etwa 8 Meilen von ihrem befestigten Lager; letztere wurden mit großem Verluste zurückgeworfen. Die Kaiserlichen beabsichtigen die Aufständischen zu umzingeln, in Anbetracht des gefährlichen Charakters der Gegend, kein leichtes Unternehmen.

### Neues von Johann Orth.

Die „Neue Freie Presse“ veröffentlicht eine Anzahl Briefe, welche der Kapitän Johann Orth, der ehemalige Erzherzog Johann, an den nunmehr auch verstorbenen kaiserlichen Schindler gerichtet hat. Der Inhalt der Briefe verbreitet Klarheit über die Wüthungen, welche Johann Orth hatte, und ist geeignet, manche irrtümliche Anschauungen, die nach seiner Entfernung aus Oesterreich über die Gründe seiner Handlungsweise kursirten, zu berichtigen. Schindler hatte von der Redaktion des Kronprinzenerbes „Oesterreich-Ungarn in Wort und Bild“ den Auftrag erhalten, zu einem Aufzuge über die Kaiserlandschaften und Inseln Istriens, den Erzherzog Johann für das Werk zu schreiben beabsichtigte, die Zeichnungen zu liefern. Schindler begab sich daher im März 1889 nach Trieste, wo Erzherzog Johann damals lebte. Dieser wollte mit dem Künstler den Inhalt des Aufzuges und die dafür bestimmten Illustrationen besprechen. Aus der gemeinsamen Thätigkeit bei den Studien in den istrischen Gewässern entwickelte sich dann ein Briefwechsel zwischen Erzherzog Johann und Schindler.

Während die ersten Briefe noch die Unterschrift tragen: „Erzherzog Johann, FML“, sind die letzteren bereits mit „Johann Orth“ gezeichnet. Nachdem er die Kapitänspatente abgelegt hatte, ließ der Erzherzog Johann auf alle Würden und Rechte seiner Geburt Verzicht und verließ im Oktober 1889 Oesterreich. Von Virstein, einem Schloße des Fürsten Jensonb im ehemaligen Großherzogthum Hessen, schrieb er an Schindler einen Brief, der bemerkenswerthe Aufschlüsse über die Umstände seiner Entfernung aus Oesterreich enthält: „Um Eines bitte ich Sie“, schreibt Johann Orth an Schindler, „glauben Sie nicht auch, wie es Viele thun, daß ich mit dem Abstreifen des Prinzen auch freiwillig dem Vaterlande den Rücken kehrte. Ein höherer Wille ist da im Spiele: Ich darf nicht in Oesterreich sein. Sie werden mir einen Akt der Freundschaft erweisen, wenn Sie dort, wo Sie dieser trüben Annahme begegnen, ihr entgegen treten. Ich habe den Artikel über die Quarners-Inseln fertig gebracht, wage ihn aber nicht der Redaktion einzuliefern, weil ich nicht weiß, ob man eine Arbeit, welche dem Erzherzog Johann zugebracht ist, von Johann Orth annimmt. Natürlich wäre ich durchaus nicht gekränkt, wenn man mir ein ehrliches Nein sagt.“

In einem zweiten Briefe an Virstein vom 25. Februar 1890 sind besonders jene Stellen bemerkenswerth, wo sich Johann Orth gegen die Meinung verwehrt, daß er sich in einem auswärtigen Staate um eine Stelle im Seebienste bewerben wolle, und sich mit Bitterkeit darüber äußert, daß seine Arbeit über die istrischen Küsten und Inseln in das Kronprinzen-Werk nicht aufgenommen worden war, Johann Orth ist bereits Eigentümer eines Schiffes; er hat es in England mit „Ankerer Geld“ gekauft und befrachtet. Er schreibt:

„Noch bevor ich im Besitze Ihres Briefes war, erfuhr ich, daß man Johann Orth für unwürdig hält, unter den Mitarbeitern zu erscheinen. Unter einem andern Namen hätte ich vielleicht mitbrennen dürfen: Ich war dumm genug, mich eigentlich verlegt zu fühlen, und warf mein schon zur Abfertigung bereit Manuskript beim Fenster hinaus.“

Die Stimmung des Briefschreibers ist eine recht trübe. Er äußert sich darüber folgendermaßen: „Sie fragen nach meiner Stimmung. Wären Sie nicht der spezifische Zauberer des Graus, dem lebendiger als anderen Menschenkindern die ganze Fülle von Tönen des vermeintlichen Graus vorstünde — kurz, gegenüber einem Nichtstunler würde ich sagen, meine Stimmung ist grau. Ihnen aber sage ich einfach, sie ist schlicht (ich meine, für mich unangenehm), wenn



San Juan, 28. Juli. Der „General“ meldet Banama, daß die Aufständischen von Leon zur Hauptstadt Danaqua bemächtigt. Der Vizepräsident hat sich an die Spitze der Regierungstruppen gestellt und ist gegen den Feind vorgegangen.